

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 738) betreffend Photovoltaik-Offensive (Zahl 22 - 538) (Beilage 788).

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Photovoltaik-Offensive, in ihrer 07. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 19. Mai 2021, beraten.

Landtagsabgeordnete Rita Stenger, BEd wurde zur Berichterstatterin gewöhlt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Rita Stenger, BEd einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Rita Stenger, BEd gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mehrheitlich (SPÖ gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Photovoltaik-Offensive, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Rita Stenger, BEd beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 19. Mai 2021

Die Berichterstatterin:

Rita Stenger, BEd eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:

Mag. Christian Dax eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 19. Mai 2021

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 538, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend weiteren Ausbau von Photovoltaik im Burgenland

Die nachhaltige Bereitstellung von elektrischer Energie kann wesentlich dazu beitragen, den fortschreitenden Klimawandel abzuwenden. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 elf Terawattstunden (TWh) an Photovoltaikkapazitaten zu errichten. Das Burgenland ist österreichweit das Land mit den meisten Sonnenstunden aber bei der Erreichung anderer Klimaziele - insbesondere im Verkehr und im Wohnbau - aufgrund der ländlichen Struktur benachteiligt. Ein lineares Herunterbrechen der österreichweiten Klimaziele für diese Bereiche ist für das Burgenland nicht zielführend. Dies würde sich für das Burgenland überproportional benachteiligend auswirken. Hier sind die Bundesländer mit Stadtregionen gefragt, groÙere Beiträge zu leisten. Dafür ist es wesentlich sinnvoller, wenn das Burgenland seine Beiträge zur Klimaneutralität über den Bereich der erneuerbaren Energie erbringt.

Das Burgenland ist im Windenergiebereich bereits Vorreiter. Bis zum Jahr 2050 soll der gesamte Energiebedarf des Burgenlandes aus erneuerbaren Quellen erzeugt und das Land somit klimaneutral werden.

Im Hinblick auf den ergänzenden Ausbau im Bereich der Photovoltaik-Anlagen wurden und werden seitens des Land Burgenlands eine Vielzahl an MaÙnahmen gesetzt, die sich über die vier wesentlichen Wirkungsbereiche (MaÙnahmen im eigenen Wirkungsbereich, MaÙnahmen im Gemeindebereich, MaÙnahmen im privaten Bereich und MaÙnahmen im unternehmerischen Bereich) erstrecken.

Ein wesentlicher Bereich im Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern betrifft öffentliche Gebäude. Das Land Burgenland hat sich dabei das Ziel gesetzt, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen und schrittweise PV-Anlagen auf geeigneten Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden zu installieren. Dieses Projekt ist bereits in Umsetzung und wird voraussichtlich im kommenden Jahr abgeschlossen sein.

Geeignete weitere MaÙnahmen im eigenen Wirkungsbereich des Landes sind beispielsweise die Vermeidung von Dienstreisen, ein Angebot für Teleworking, die Umstellung des Fuhrparks auf Alternativantriebsformen, Elektroladeinfrastrukturen bei den Landesgebauden oder auch die thermische Sanierung von Gebäuden, wodurch in Summe ein massiver Beitrag zur Erreichung der Klimaziele erbracht werden kann.

Parallel dazu nehmen die burgenländischen Gemeinden in diesem Bereich ebenfalls ihre Vorbildrolle wahr und das Land unterstützt sie dabei bestmöglich. Im Rahmen des EFRE-Förderprogramms "Energie- und UmweltmaÙnahmen für Gemeinden" werden auch Investitionen in die Verbesserung der Energieeffizienz sowie in die Erzeugung von erneuerbarer Energie mit bis zu 50 % der Investitionskosten

gefördert. Im Jahr 2020 wurden die Förderanträge von insgesamt 27 Gemeinden genehmigt. Dabei installieren in Summe 24 Gemeinden Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung von insgesamt 750 Kilowatt-Peak. Es wird bereits daran gearbeitet, den Gemeinden in der nächsten EU-Förderperiode wieder die Möglichkeit zur Projekteinreichung und Förderung von Energie- und Umweltmaßnahmen zu ermöglichen.

Das Maßnahmenpaket im privaten und unternehmerischen Bereich fokussiert sich im Wesentlichen auf Förderinstrumente, um in den unterschiedlichen Wirkungsbereichen die bestmöglichen Effekte zu erzielen. So wurden beispielsweise aus dem Burgenländischen Ökoenergiefonds (BOEF), der im Jahr 2021 mit 3 Millionen Euro dotiert ist, heuer bereits 960 Anträge mit einer Fördersumme von rund einer Million bewilligt. Ergänzend dazu wurde als Investitionsanreizförderung seitens der WiBUG ein auf Unternehmen abgestimmtes Förderinstrument für Dachfläche-PV-Anlagen und PV-Anlagen auf vorbelasteten Flächen entwickelt, mit dem bereits PV-Anlagen mit einem jährlichen Einsparungsvolumen von rund 1.000 Tonnen CO₂ und einem Gesamtinvestitionsvolumen von größer 4 Millionen Euro gefördert werden konnten.

All diese investiven Maßnahmen und Förderinstrumente dienen somit nicht nur dem Klimaschutz und der Kostenersparnis, sondern sind auch gleichzeitig ein wichtiger Motor für die burgenländische Wirtschaft.

Es ist aber unbestritten, dass die Energieziele für Photovoltaik nicht alleine über die Dachflächen erreicht werden kann. Aus diesem Grund müssen bereits jetzt alle Schritte gesetzt werden, um auch auf geeigneten Freiflächen in Übereinstimmung mit den betroffenen Gemeinden und der Bevölkerung vor Ort Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu errichten. Nur so können die ehrgeizigen Energieziele für 2030 auch umgesetzt werden.

Der Burgenländische Landtag hat mit der beschlossenen Novelle des Bgld. Raumplanungsgesetzes 2019 eine fundierte Grundlage für Photovoltaikanlagen geschaffen. In der vom zuständigen LR Heinrich Dorner vorgelegten Photovoltaik-Rahmenrichtlinie sind die Grundlagen zur Beurteilung der Eignung von Freiflächen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen festgehalten. So können die Interessen der Bevölkerung, des Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Landwirtschaft in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Die im Bgld. Raumplanungsgesetz 2019 vorgesehene Festlegung von Eignungszonen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen soll auf Basis der Rahmenrichtlinie in einem entsprechenden Beteiligungsprozess unter Einbindung insbesondere der betroffenen Gemeinden und der relevanten Naturschutzorganisationen erfolgen. Der Bereich der Photovoltaik soll dadurch zum gleichen Erfolgsprojekt werden, wie die Windkraft und dem Burgenland weiterhin die Stellung als europaweite Vorreiterregion im Bereich der Erneuerbaren Energien sichern.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zur burgenländischen Klimastrategie.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die bisherigen Maßnahmen im eigenen Wirkungsbereich, wie auch im Regierungsprogramm und in der burgenländischen Klima- und Energiestrategie 2050 festgeschrieben, konsequent umzusetzen;
- weiterhin den Ausbau von erneuerbaren Energiequellen zu forcieren;
- zu prüfen, ob noch zusätzliche EU-Fördermittel lukriert werden können und
- weitere Attraktivierungsmaßnahmen zur Emissionsreduzierung zu prüfen.

Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- sich auf EU-Ebene für eine Fortsetzung der EU-Förderprogramme einsetzen und
- an Bundesgebäuden, die sich im Burgenland befinden, Photovoltaik-Anlagen installieren bzw. thermische Sanierungen zur weiteren Energiereduktion vornehmen.